

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

AUFRUF zum Aufbau einer großen FRIEDENS- und NEUTRALITÄTS-BEWEGUNG in Österreich!

Für Mitarbeiter und Freunde der „Initiative Heimat & Umwelt“ IHU waren die Wintermonate besonders arbeitsintensiv. Wir nahmen an zahlreichen Veranstaltungen und Demonstrationen verschiedenster Gruppierungen teil, z.B. bei jenen von „Fairdenken Austria“ mit **Hannes Brejcha**, bei jenen von **Martin Rutter & Co.** u.a. Häufig wurde **Inge Rauscher** dazu auch als Rednerin eingeladen, siehe die Dokumentation darüber auf der Webseite [direktdemokratisch.jetzt](https://auf1.tv/nachrichten-auf1/ingerauscher-die-menschen-empuert-dass-die-regierung-die-neutralitaet-wegwirft/) unter „Demoarchiv“ vom 4.12.2022 „Rede von Inge Rauscher“, siehe das bei auf1.tv gesendete Interview vom 15.2.2023: <https://auf1.tv/nachrichten-auf1/ingerauscher-die-menschen-empuert-dass-die-regierung-die-neutralitaet-wegwirft/>. Das sind nur zwei von vielen einschlägigen Aktivitäten wie großen Flugblatt-Verteil-Aktionen mit inhaltlichen Infos, Durchführung mehrerer Info-Stand-Kundgebungen in Wien, St. Pölten und Linz, Durchführung mehrerer umfangreicher „Newsletter“ per E-mail-Aussendungen, etc.etc. Näheres zu den laufenden Aktionen können Sie immer unserer Webseite www.1984.at bzw. heimat-und-umwelt.at entnehmen sowie der Facebookseite facebook.com/inger.rauscher.5283/

Das größte akute Problem für Österreich, Europa und darüberhinaus



Momentaufnahme von Inge Rauscher aus einem auf1.tv-Sendebericht vom 15.2. in Linz

ist zusätzlich zur Problematik der Masseneinwanderung derzeit die Frage **KRIEG oder FRIEDEN**. Deshalb befinden sich in dieser WEGWARTE gleich zwei substantielle Artikel zu diesem Thema, denn man kann eine im Entstehen befindliche große Bewegung nur auf **gesichertem Wissen, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit** aufbauen. Wir werden dazu unseren Beitrag leisten und hoffen, daß möglichst viele ähnlich Denkende dabei mitwirken werden! EU-Europa hat sich dzt. im Sold der USA offenbar für KRIEG entschieden, aber das darf nicht so bleiben! Dafür muß jetzt und in naher Zukunft eine **Basisbewegung** aus unserem Staatsvolk und möglichst vielen anderen europäischen Völkern sorgen, die auch den Austritt aus der EU (ÖXIT etc.) mit einbezieht.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die

größte europäische Stadt Moskau ist und die viertgrößte St. Petersburg. **Vor** der vom Westen inszenierten und bezahlten „Revolution“ von 1917 gab es dort vor allem wirtschaftlich und kulturell eine große gegenseitige Befruchtung der beiden größten europäischen Völker, nämlich der Deutschen und Russen. Die heutige „Russische Föderation“, der offizielle Staatsname Russlands, ist seit dem Amtsantritt Putins im Jahre 2000 als gewählter Staatspräsident alles andere als ein „Archipel Gulag“ sowjetisch-bolschewistischer Prägung. Es gibt freie Grenzen, eine Staatsflagge, aus der die kommunistischen Symbole entfernt wurden - in der Staatsflagge der USA befinden sich gleich 50 davon -, und eine Nationalhymne, deren Text ganz anders ist als der der sowjetischen Stalin-Hymne. Wem nur einigermaßen bewußt ist, welche staatspolitische Bedeutung der Text einer Nationalhymne hat, der möge solche Unterschiede erkennen. Die aktuelle russische Nationalhymne enthält auch die bemerkenswerte Formulierung von der **„Weisheit des Volkes“** und ist überhaupt nicht martialisch wie z.B. die französische Hymne. die alles andere als „friedlich“ ist.

Bei vielen Demonstrationen werden nicht nur meist viele österreichische Fahnen geschwenkt, sondern

Parlamentarische Bürgerinitiative

„Stoppt die EU-Sanktionen gegen Russland“:

Unterschriftenlisten zum Herunterladen und Weiterverbreiten von www.1984.at

Siehe Presseaussendung <https://rb.gy/cxpxbp>

Österreichische Post AG / SP20Z042089S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

auch die **österreichische** Nationalhymne, meist als Abschluß, über Lautsprecher eingespielt. Deren Text in der Originalfassung von Paula Preradovic von 1947 ist geschichtsbewußt, patriotisch und alles andere als aggressiv gegenüber anderen Völkern. Österreich und seine durch mehr als ein Jahrtausend deutsch geprägte Geschichte ist unsere Heimat, der wir immer treu bleiben werden - in guten wie in schlechten Zeiten! Jedes Volk definiert sich in erster Linie durch seine Sprache als deren „geistige Heimat“. Wir können stolz darauf sein, daß die „Sprache der Dichter und Denker“ seit Jahr-

hundertern auch unsere österreichische Muttersprache ist.

Am 23. Februar führten IHU und „Fairdenken“ eine **gemeinsame Demonstration vor der Hofburg in Wien** durch anlässlich der Jahrestagung der OSZE, der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die seit rund zehn Jahren ihren internationalen Amtssitz in der Wiener Hofburg hat.

Bei dieser Protest-Demonstration sprach u.a. der langjährige Sozialphilosoph und Friedensforscher **Univ. Prof. i.R. Dr. Erwin Bader**, Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Ge-

sellschaft, wohl **der** Wissenschaftler Österreichs, der sich am allermeisten in zahllosen Artikeln „für Freund und Feind“ für den Erhalt der immerwährenden Neutralität Österreichs eingesetzt hat und auch weiter einsetzt. Als langjähriges Mitglied der SPÖ ist er aus dieser öffentlich ausgetreten wegen deren Neutralitäts-widriger Unterstützung und Propagierung des EU-Beitrittes Österreichs vor der Volksabstimmung von 1994. Die Rede von Prof. Bader und anderen bei der Demo vom 23.2. können Sie folgendem Link entnehmen: <https://www.youtube.com/watch?v=ihY0hPvesxw>

Näheres zur OSZE Seite 4

Einladung zum Seminar zum Thema

„Lehren aus dem ‘Corona’-Desaster für die Zukunft.“

am **Sonntag, 26. März 2023**

in **3071 BÖHEIMKIRCHEN** Nähe St.Pölten

im **Vereinslokal „Kraftquelle“**, Neustiftgasse 1

oberhalb der Apotheke, ca. 10 Gehminuten von der Bahnstation „Böheimkirchen“,
ca. 51 Minuten Fahrzeit ab Wien, 8 Minuten ab St.Pölten

14.00 bis 16.00 Uhr Vortrag inkl. Diskussion

von und mit **Dietlind RAMMINGER** aus der Oststeiermark

Mutter von sechs Kindern, deren Familie seit vielen Jahren das Prinzip „Bildung der Kinder in Eigenverantwortung“ in der Praxis lebt

anschließend Kaffeepause mit Kuchen

16.30 bis 18.00 Uhr Vortrag

**„Widersprüche der Erregertheorie –
ist die Infektionshypothese noch zeitgemäß?“**

Es spricht:

Medizinjournalist Hans TOLZIN aus Deutschland

Autor des Buches „Die Seuchen-Erfinder“, Herausgeber von impf-report.de
und Anlaufstelle des „Netzwerks für unabhängige Impf-Aufklärung“

anschließend Diskussion und geselliger Ausklang

- **Veranstalter:** **Initiative Heimat & Umwelt IHU**
in Zusammenarbeit mit AEGIS-Österreich
- **Moderatoren:** **Inge Rauscher, Mag. Claudia Millwisch**
- **Anmeldung erforderlich** per eMail ihu@a1.net oder Telefon 0664-489 37 97 oder 0664/425 19 35
- **Unkostenbeitrag** von Euro 25,00 pro Person bitte mitbringen
- **Imbißmöglichkeit** auf eigene Rechnung vor Veranstaltungsbeginn
ab 12 Uhr und nach Veranstaltungsende ab ca. 18.30 Uhr

UKRAINE-KONFLIKT

Aktuelle Beurteilung von RA. Dr Eva Maria Barki

Als der amerikanische Multimilliardär George Soros im Jahre 2017 nach Brüssel kam, sagte er wörtlich: „Europa ist im Krieg und die Europäer merken es nicht“. Und er fügte hinzu, dass die Europäer zur Kenntnis nehmen müssen, dass ein Krieg gegen Russland geführt wird und sie sich entsprechend verhalten sollen.

Die Europäer haben es spätestens seit dem Konflikt in der Ost-Ukraine bemerkt, werden aber über die wahren Hintergründe und Ursachen nicht informiert, sondern wird Russland tatsächlich als Aggressor und Vladimir Putin als Kriegsverbrecher dargestellt.

Erst in den letzten Tagen gab es mutige Stimmen in den USA, die bestätigen, dass es die USA sind, die nicht nur den Wirtschafts-, Informations- und Propagandakrieg gegen Russland initiiert haben, sondern haben sie auch alle russlandfeindlichen Aktionen, so auch in der Ukraine, veranlasst und finanziell unterstützt.

Das Ziel der USA ist die seit langem geplante Schwächung Russlands und Rückstufung als Regionalmacht einerseits und die Wiedererlangung des eigenen Machtmonopols im Sinne der seit 1991 beanspruchten, auf der Wolfowitz-Doktrin beruhenden unipolaren Weltordnung, in welcher Russland als Rivale ausgeschaltet werden soll. Ein Eurasischer Wirtschaftsraum soll verhindert werden, dem gemäß der Heartland Theorie von Halford Mackinder - die an der Militärakademie in den USA immer noch gelehrt wird - eine weltbeherrschende Stellung zukommen würde.

Der geopolitische Strategie Zbigniew Brzezinski hat die Ukraine als wichtigsten geopolitischen Dreh- und Angelpunkt in Eurasien bezeichnet. Das Interesse der USA an der Ukraine ist daher darin begründet.

Nachdem die USA mit dem Maidan Putsch in Kiew eine amerikafreundliche Regierung eingesetzt haben, hat diese in der Folge den überwiegend russischsprachigen Osten - insbesondere Donezk und

Lugansk - massiv und brutal unterdrückt, es wurden über 10.000 Tote beklagt. Dies wurde in Donezk und Lugansk - aber auch auf der Krim - zum Anlass genommen - nach Volksabstimmungen -, ihre Unabhängigkeit zu proklamieren, sowie später ihre Angliederung an die Russische Föderation zu beschließen.



RA. Dr. Eva Maria Barki
mit Spezialgebiet
Menschen-, Nationalitäten-
und Volksgruppenrechte

Diese Unabhängigkeitserklärungen erfolgten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, welches in Artikel 1 der beiden Menschenrechtspakte von 1966 das Selbstbestimmungsrecht der Völker als zwingendes (!) Recht vorsieht und alle Staaten verpflichtet, es anzuerkennen und zu unterstützen.

Da die ukrainische Regierung dieses völkerrechtliche Gebot - welches gemäß Resolution der Vereinten Nationen vom 24.10.1970 auch das Sezessionsrecht anerkennt - nicht befolgte, sondern mit Gewalt die Rückeroberung der Gebiete betreibt, kam die russische Regierung ihrer Bevölkerung am 24.2.2022 zu Hilfe.

Daraus entwickelte sich ein Krieg, der in Wahrheit ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland ist und der von den europäischen Verbündeten der USA unterstützt wird. Dieser von den USA provozierte und finanzierte Krieg ist rechtswidrig und verletzt nicht nur das allgemeine Völkerrecht. Sondern auch die völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung zur Gewährung von Autonomie in den betroffenen Gebieten.

Dass die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten - mit Ausnahme Ungarns - diesen Krieg Kiews zur Rückeroberung der abtrünnigen Gebiete unterstützen, ist unfassbar. Alle Angebote Russlands zu Gesprächen wurden abgelehnt, der in Wahrheit gegen Russland geführte Krieg wird fortgesetzt, Russland als Aggressor, die zum Schutz der russischen Bevölkerung rechtskonform getroffenen Maßnahmen als Angriffskrieg und die im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes erfolgte Aufnahme von Gebieten in die Russische Föderation als Annexion bezeichnet.

Das kann gravierende Folgen haben, da eine Eskalation und nicht ein Kriegsende wahrscheinlich ist. Im Einklang mit Kiew werden Verhandlungen, aber auch ein Waffenstillstand abgelehnt, der Krieg soll - zur Freude der Rüstungsindustrie - auf dem Schlachtfeld entschieden werden.

Russland und dessen Präsident Vladimir Putin werden in unfassbarer Weise, im Westen von Politik und Wirtschaft unterstützt, von den Medien angegriffen, wahrheitswidrig beschuldigt, diffamiert und ausgegrenzt, ebenso alle, die den Mut haben, die russische Position verständlich zu machen, wobei auch Kultur und Sport einbezogen werden.

In gleicher Weise wird über Aktionen in Russland berichtet, die eine Destabilisierung Russlands zum Ziel haben, in der Hoffnung auf einen Sturz der Regierung und das Einsetzen einer USA-genehmen Regierung wie in der Ukraine.

Anstatt die massiven und den Tatbestand des Völkermordes erfüllenden Aktionen Kiews zu verurteilen, wird Kiew vom Westen politisch, wirtschaftlich und auch mit Waffen unterstützt, um die Demokratie in der Ukraine zu stärken. Dass die Ukraine die Rechte der Minderheiten missachtet, Gesetze zur Abschaffung der Regionalsprachen und des muttersprachlichen Schulunterrichts erlassen, russische

Bücher- einschließlich Tolstoi und Dostojewski, aber auch Oppositionsparteien verboten hat, wird im Westen nicht beachtet.

Bemerkenswert für den Westen ist, dass alle Staatenvertreter, die das Minsker Abkommen unterzeichnet haben, nunmehr erklären, dass die Einhaltung des Abkommens nie beabsichtigt war, es sollte nur Zeit gewonnen werden, um die Ukraine Russland gegenüber zu stärken.

Diese Haltung des Westens ist unfassbar und stößt im übrigen Teil der Welt auf Unverständnis und Ablehnung. Die Zahl der Staaten, die auf Seiten Russlands sind, wird immer länger.

Damit zeigt sich aber eine gefährliche Entwicklung, nämlich eine Neuauflage des für überwunden geglaubten West-Ost-Konfliktes in einen Konflikt mit umgekehrten Vorzeichen – in einen Ost-West-Konflikt, der die bisherige globale Ordnung ernsthaft in Frage stellt. Viele sehen die Gefahr eines Dritten Weltkrieges aufkommen, insbesondere falls es zu voreiligen Reaktionen der NATO kommt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Papst haben diese reale Gefahr angesprochen. Bemerkenswert sind die

Antworten auf die Frage, wie der Konflikt beendet werden kann, nämlich durch Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld und Rückzug der Russen aus den Gebieten, die sich von Kiew gelöst haben, um Kiew die Rückeroberung zu ermöglichen.

Niemand im Westen kommt auf die Idee, dass Frieden nicht auf dem Schlachtfeld, sondern nur durch die Einräumung von Recht und Anerkennung des Rechts erreicht werden kann. Dies bedeutet die Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen von Donezk und Lugansk. Was im Falle Kosovo, in dem es keine Volksabstimmung, sondern nur einen Parlamentsbeschluss gegeben hat, möglich war – was im übrigen vom Internationalen Gerichtshof bestätigt wurde –, sollte auch in der Ukraine möglich sein.

Die Forderung muss daher sein: Zurück zum Recht, insbesondere zurück zum Völkerrecht !

Eva Maria Barki
23.02.2023

Kontakt:
1010 Wien,

Landhausgasse 4/Minoritenplatz 6
Tel. 01/5353980, barki@lawvie.at

Zur OSZE-Tagung vom 23./24.2.

Diese Tagung einer Organisation, der 57 Staaten angehören inkl. der USA und Kanada, die über dreitausend (!) Beamte beschäftigt und als größte regionale „Friedensorganisation“ der Welt gilt, war eine einzige Farce. Aufgrund des Amtssitz-Vertrages mußte die österreichische Regierung zwar die Teilnahme einer russischen Delegation zähneknirschend zulassen, aber damit ja niemand deren Position erfahren kann, wurde die gesamte Presse kurzerhand von dieser Tagung ausgeschlossen! Deshalb wurde auch nichts darüber berichtet. Das ist der „freie Westen“! Die ukrainische Dele-

gation war zwar in Wien anwesend, nahm aber aus Protest wegen der Teilnahme der russischen Delegation nicht an der offiziellen Tagung teil. Laut einem Bericht des „exxpress“ verließen vor der Darlegung der russischen Delegation alle (!) anderen Länder-Delegationen den Tagungsraum. Sie alle – inklusive offenbar auch der österreichischen – wollen keinen Frieden, sie wollen **Krieg um jeden Preis** und sind nicht einmal bereit, wenigstens auf diplomatischer Ebene den Versuch einer Verständigung und Anhörung aller Seiten als Voraussetzung zum Frieden herbeizuführen.

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at
facebook.com/inge.rauscher.5283

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,
33. Jahrgang, Folge 1, März 2023, ZulassungsNr. "SP20Z042089S",
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,
Tel.: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 01.03.2023,

Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Wer ist der Aggressor? Die Friedensbewegung und der US-Stellvertreterkrieg in der Ukraine

Im politischen und medialen Mainstream, ja sogar in der Friedensbewegung, scheint der Fall klar zu sein: Russland gilt spätestens seit dem 24. Februar 2022 als „Aggressor“. Diese ahistorische Betrachtungsweise führt in die Irre. Der Sachverhalt ist – auch völkerrechtlich – komplizierter, wie die hier dokumentierte Analyse zeigt.

Eine Analyse von George und Doris Pumfrey (Auszug).

„Der Konflikt wurde von der NATO ausgelöst. Es ist jetzt ein Konflikt, der von Russland gelöst werden wird.“

(Scott Ritter, ehemaliger Offizier für Aufklärung der US-Marineinfanterie und UN-Waffeninspekteur)

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wählte sich der US-Imperialismus als ewiger Hegemon, den nichts mehr daran hindern konnte, endlich seinen lang ersehnten Weg zu den enormen Bodenschätzen Russlands antreten zu können. Destabilisierung im post-sowjetischen Raum durch „Farbrevolutionen“ mit der Hilfe von NGOs und die Eindämmung Russlands durch die NATO-Osterweiterung sollten das Wiedererstarken Russlands verhindern. Die Ukraine spielt in diesem Plan eine besondere Rolle.

(....)

Die Ukraine ist also nur Mittel zum Zweck. Dem diene der von den USA angeleitete und von der EU und der (deutschen) Bundesregierung geförderte Putsch in Kiew im Jahr 2014 und der Ausbau der Ukraine zum neonazistisch geprägten Bollwerk gegen Russland.

Die Bevölkerung im Donbass weigerte sich, sich den nationalchauvinistischen Putschisten unterzuordnen, die die Verfassung suspendiert, allem Russischem den Kampf angesagt und die russisch-

sprachigen Ukrainer diskriminiert hatten. Nach Referenden erklärten die Donbass-Regionen Donezk und Lugansk ihre Autonomie als Volksrepubliken. Sie verteidigten sich acht Jahre lang gegen die Aggressionen des fremdbestimmten Kiewer Regimes, die über 13.000 Menschenleben forderten.

Der Westen wollte keine friedliche Lösung

Die russische Regierung hatte sich für eine friedliche Lösung des Konflikts im staatlichen Rahmen der Ukraine eingesetzt, wie es im Abkommen Minsk II (Minsker Abkommen) vorgesehen war. Am 17. Februar 2015 hatte der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 2202 (2015) das Minsker Abkommen als völkerrechtlich verbindlich anerkannt, das unter anderem auch einen Sonderstatus für den Donbass vorsah. Als Garantiemächte sollten Deutschland, Frankreich und Russland für seine Umsetzung sorgen, die in den Folgejahren von Kiew systematisch sabotiert wurde.

Im Februar 2021 brachte Russland bei der OSZE einen Initiativantrag zur Unterstützung einer baldigen Umsetzung von Minsk II ein. Die Ukraine und die westlichen Länder, auch die Garantiemächte Frankreich und Deutschland, lehnten ab.

Das zentrale Element von Minsk II war der direkte Dialog zwischen Kiew und den Vertretern der Volksrepubliken im Donbass, zu dem letztere bereit waren. In einem Schreiben an den russischen Außenminister Sergei Lawrow im November 2021 erklärten Deutschland und Frankreich, dieses zentrale Element nicht mehr zu unterstützen. Es war die faktische Aufkündigung des völkerrechtlich verbindlichen Minsker Abkommens – also ein Bruch des Völkerrechts. Damit wurde die Lösung des Konflikts im Rahmen der staatlichen Einheit der Ukraine unmöglich gemacht. Auf einer Pressekonferenz im September 2022 wies Außenminister Lawrow darauf hin, dass auch der

UN-Generalsekretär nicht „aktiv genug die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen unterstützt hat“.

Mit dem Putsch in Kiew hatten die USA/NATO/EU und die (deutsche) Bundesregierung den Konflikt ausgelöst. Die Umsetzung des Minsker Abkommens wäre der Weg zu seiner friedlichen Lösung gewesen. Wie der ukrainische Präsident Poroschenko, der Minsk II unterzeichnet hatte, erst kürzlich erklärte, sei dies jedoch nie das Ziel gewesen. Er wollte mit Minsk II nur Zeit gewinnen, „um die besten Streitkräfte in Osteuropa zu schaffen, die nach NATO-Standards ausgebildet wurden“. Das wollte anscheinend auch die damalige Kanzlerin Angela Merkel, wie sie nun in einem Interview freimütig erzählte.

(....)

Im März 2021 hatte der ukrainische Präsident Selenskij ein Dekret zur militärischen Rückholung des Donbass und der Krim unterschrieben – eine direkte Bedrohung auch des Territoriums der Russischen Föderation. Die Regierung sollte einen entsprechenden „Aktionsplan“ entwickeln.

Mit konkreten Vorschlägen für Verträge mit den USA und der NATO über Sicherheitsgarantien versuchte die russische Regierung noch im Dezember 2021 die Situation zu entschärfen und die Grundlage für ein friedliches Miteinander zu schaffen.

Als Kiew im Januar/Februar 2022 den Aggressionskrieg durch die Konzentration seines Militärs mit seinen Neonazi-Bataillonen an den Grenzen von Donezk und Lugansk erheblich ausweitete, als die Artillerieangriffe gegen die dortige Bevölkerung immer intensiver wurden, als die USA/NATO immer noch keine konstruktive Antwort auf die russischen Vorschläge gegeben hatte, machte die russische Regierung laut einer Pressemitteilung am 17. Februar einen letzten Versuch, den bevorstehenden massiven Überfall der Kiewer Truppen

zu verhindern und eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Moskau warnte: „Sollte die amerikanische Seite nicht bereit sein, feste, rechtlich verbindliche Garantien zu vereinbaren, um unsere Sicherheit vor den USA und ihren Verbündeten zu gewährleisten, wird Russland gezwungen sein, zu reagieren, auch mit militärtechnischen Maßnahmen.“

George Beebe, ehemaliger Direktor der Russland-Abteilung der CIA, blickt zurück:

„Die Wahl, vor der wir in der Ukraine standen – und ich nutze absichtlich die Vergangenheitsform – war, ob Russland sein Veto zu einer NATO-Beteiligung in der Ukraine am Verhandlungstisch oder auf dem Schlachtfeld ausüben würde. Und wir entschieden uns, dafür zu sorgen, dass das Veto auf dem Schlachtfeld ausgeübt wird, in der Hoffnung, dass Putin sich entweder zurückhält oder der Militäreinsatz scheitert.“

Das vom Westen aufgekündigte völkerrechtliche Abkommen Minsk II, die provozierenden Ankündigungen über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und deren nukleare Bewaffnung und die zunehmende militärische Aufrüstung des Landes verschärften die Spannungen mit Russland. Am 8. Februar 2022 hatte die NATO-Denkfabrik Atlantic Council in einem Strategiepapier empfohlen: „Das Ziel Washingtons sollte die Vertreibung der Russen aus der Ostukraine sein.“

Am 21. Februar erkannte Russland die beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten an und unterzeichnete Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand. Am 24. Februar schließlich griff Russland in den schon seit acht Jahren dauernden Krieg ein, um seine Verbündeten vor der drohenden ethnischen Säuberung zu schützen und der wachsenden existenziellen Bedrohung der Russischen Föderation durch die USA und der NATO entgegenzutreten.

Wie Gabriele Gysi es passend formulierte:

„Der ukrainische Bürgerkrieg hat Russland die Verantwortung für die russische Bevölkerung der Ukraine aufgezwungen – und damit Russland in diesen Krieg genötigt. Die ‚russische Aggression‘ erfolgte nach langen Versuchen einer friedlichen Lösung der ukrainischen Probleme.“

Friedensbewegung und „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“

(....)

Albrecht Müller, der frühere Planungschef im Bundeskanzleramt, der sich in erster Linie der Entspannungspolitik von Willy Brandt verpflichtet fühlt, fragte im Juli auf den NachDenkSeiten:

„Wann endlich hören die Verneigungen vor der allgemein üblichen Empörung über ‚Putins Aggressionsverbrechen‘ auf!“

Er schlug vor, damit Schluss zu machen, denn Beschwörungsformeln wie „völkerrechtswidriger Überfall“, „menschenverachtender Angriffskrieg“ und so weiter würden nicht nur – ansonsten gute Analysen – relativieren und sogar entwerten, sondern auch dazu beitragen, „Vorurteile und Aggression gegen Russland“ zu verstärken.

Die Beschwörungsformeln wurden zum neuen Gesslerhut, den viele aus Friedens- und linken Organisationen meinen grüßen zu müssen, um ihre „Glaubwürdigkeit“ zu wahren.

Dabei beziehen sie sich fast ausschließlich auf das Gewaltverbot in internationalen Beziehungen, wie es in der UN-Charta Artikel 2, Absatz 4 festgelegt wurde. Von dieser Regel gibt es die Ausnahme in Artikel 51: „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“. Der Bezug auf Artikel 51 wird aber von vielen in der Friedensbewegung als in diesem Zusammenhang belanglos abgetan. Die Donbass-Republiken hätten kein Recht zur Sezession von der Ukraine, und damit sei auch der Beistandsvertrag mit Russland völkerrechtlich ungültig. Vergessen wird, dass die Ukraine bei der Auflösung der Sowjetunion das Sezessionsrecht

für sich in Anspruch genommen hatte, ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Gebiete.

Man hatte Russland im Eiltempo mit Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta abgeurteilt und damit schien jede weitere Diskussion erledigt.

In seiner Erklärung „Souveränität der Ukraine durch NATO inspirierten Putsch verletzt“, schrieb der Deutsche Freidenkerverband:

„Die Argumente, mit denen Russland Völkerrechtsbruch nachgewiesen werden soll, gehen abstrakt von der Prämisse aus, dass Russland aus heiterem Himmel ein Stück eines souveränen Staats abgetrennt hätte. Was dagegen wirklich in der Ukraine geschehen war: Durch einen gewalttätigen Putsch wurde die rechtmäßig gebildete und international anerkannte Regierung in Kiew gestürzt. (...) Sofort zeigte sich, dass die Putschregierung über große Teile des Landes keine Kontrolle hatte. Trotzdem wurde sie im Eilverfahren von den USA, den NATO- und EU-Staaten als legitime Vertretung der Ukraine anerkannt. Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wurden durch die NATO-Regierungen verletzt.“

Berücksichtigt werden sollte auch Artikel 7 der Resolution 3314 (XXIX) der UN-Generalversammlung zur „Definition der Aggression“:

„Diese Definition, insbesondere ihr Artikel 3, kann in keiner Weise das sich aus der Charta herleitende Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von Völkern beeinträchtigen, die dieses Rechtes gewaltsam beraubt wurden (...) insbesondere nicht von Völkern unter kolonialen oder rassistischen Regimen oder anderen Formen der Fremdherrschaft; noch das Recht dieser Völker, im Einklang mit den Grundsätzen der Charta und in Übereinstimmung mit der genannten Erklärung, für dieses Ziel zu kämpfen und Unterstützung zu suchen und zu erhalten.“

Nach der Aufkündigung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II durch Kiew und seine westlichen Auftraggeber hatten die Donbass-Regionen in ihrem Kampf gegen das fremdbestimmte russophobe Regime demnach das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit – und das Recht, die Unterstützung Russlands zu suchen und zu erhalten.

Einige Kommentatoren halten die russische Unterstützung für einen Fall der sogenannten „Schutzverantwortung“ oder „R2P“ [„Responsibility to Protect“ – Anm. d. Red.]. Das ist falsch.

(....)

Die Entwicklungen seit dem 24. Februar zeigen, dass die NATO bereits tief in der Ukraine involviert war, und sie bestätigen die Begründung des russischen Eingreifens. Wie konkret diese Gefahr war, zeigen auch die Eingeständnisse der USA und der NATO. Denn was bedeutet es anderes, wenn der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg heute stolz verkündet, dass die NATO sich seit dem Jahr 2014 auf den Krieg gegen Russland vorbereitet habe. Und wenn der Sprecher des Pentagon John Kirby sich brüstet, dass die USA und ihre Verbündeten die ukrainische Armee seit acht Jahren für den Krieg trainiert und ausgerüstet hätten.

US-Hegemonie versus multipolare demokratische Weltordnung

Jene in der Friedensbewegung, die so schnell bei der Hand waren, Russland zu verurteilen, sollten die Frage beantworten: Nachdem der Westen sämtliche Wege zur friedlichen Lösung versperrt hatte, welche konkrete Alternative wäre Russland denn noch geblieben? Zusehen, wie die Kiewer Armee mit ihren Neonazi-Bataillonen den Donbass überfällt, Massaker an ethnischen Russen verübt, sie hetzt und vertreibt? Hätte Russland vor der sich ständig zuspitzenden existenziellen Bedrohung kapitulieren sollen? Zusehen, wie die Ukraine endgültig zum offiziellen NATO-Stützpunkt ausgebaut würde – mit der Stationierung von Atomwaffen? Ist es das, was Europa sicherer gemacht hätte? Ist es wirklich das, was die Friedensbewegung bevorzugt hätte?

USA/NATO/EU und die völlig verantwortungslose und geschichtsignorante Außenpolitik der (deutschen) Bundesregierung treiben in ihrem Wahn, Russland zu besiegen, die Eskalation immer weiter auf die Spitze und ermutigen damit das Kiewer Regime zu Provokationen, die den Weltfrieden gefährden – wie jener Vorfall mit der ukrainischen Rakete, die in Polen einschlug, zeigte.

US-Militärs wissen, dass sich ein Krieg gegen Russland heute nicht mehr auf Europa begrenzen lässt, wie sie das in den 1980er Jahren erträumt hatten. Sie kennen die russische Militärstrategie und haben großen Respekt vor den neuen russischen Atomwaffen. So abwegig es klingen mag, es ist deren Abschreckungswirkung, die auch uns in Westeuropa schützt. Aus Furcht vor der russischen Reaktion scheut Washington mehr denn je auch den konventionellen Angriff gegen Russland, der in einem atomaren Weltkrieg enden könnte. Das zeigt die Reaktion der USA und der westeuropäischen NATO-Regierungen, die nach der ukrainischen Raketen-Provokation nicht schnell genug abwiegelten konnten.

Die Gefahr eines Atomkrieges ist dennoch nicht gebannt, da das Führungspersonal der „westlichen Wertegemeinschaft“ inzwischen unterstes Niveau erreicht hat, vor allem in Bezug auf Verantwortung und Wahrnehmung der Realität – wie man auch an ihren Provokationen gegen China sieht. Konflikte können sich zuspitzen, neue hinzukommen durch ihre „regelbasierte internationale Ordnung“, die Volker Perthes, vormals Leiter der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) im Klartext beschreibt:

„Eine Allianz williger Staaten muss internationale Regeln ersinnen, ohne den Verdacht zu erwecken, dass es dabei um westliche Dominanz geht.“

Wenn es um Krieg und Frieden geht, muss die Frage gestellt und beantwortet werden: Wer vertritt und verfolgt in der internationalen Auseinandersetzung welche Interessen? Die Friedensbewegung darf weder verschleiern noch Ursachen und Verantwortlichkeiten ver-

schweigen, sondern muss hinterfragen und aufklären.

Will die Friedensbewegung hierzulande ein politisch bedeutsamer Faktor werden, dann muss sie sich einer Regierungspolitik widersetzen, die der US-Hegemonie im In- und Ausland dient und die von der Feindschaft, dem Wirtschaftskrieg und der Aufrüstung gegen Russland geprägt ist.

Der Eurozentrismus, der durch die EU noch weiter verengt wird, beeinflusst auch die Friedensbewegung. Viele scheinen nicht zu erkennen, dass das militärische Eingreifen Russlands in den seit acht Jahren von der NATO unterstützten Krieg in der Ukraine ein Katalysator war, um endlich die westliche Hegemonie zu brechen, die so viel Elend und Leid über die Welt bringt.

Immer mehr Länder, vorrangig im Globalen Süden, streben danach, sich von dieser hegemonialen Diktatur zu befreien. Sie wenden sich gegen die Doppelmoral, Bevormundung und den Neokolonialismus des NATO/EU-Westens und suchen die Kooperation mit Russland und China und den Bündnissen BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und SOZ (Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit).

Das Eingreifen Russlands hat die Dynamik der internationalen Entwicklung in Richtung einer post-westlichen, multipolaren, demokratischen Weltordnung auf der Basis der „souveränen Gleichheit“ aller Nationen beschleunigt. Das Völkerrecht, von dem sich der Westen schon längst verabschiedet hat, muss erst weltweit und für alle zur Geltung gebracht werden.

Es geht um den Kampf „US-Hegemonie versus multipolare, demokratische Weltordnung“. Will die Friedensbewegung nicht in der Isolation enden, wird sie sich früher oder später für eine konsequente Positionierung entscheiden müssen.

4.12.2022

.....

**Gesamter, sehr
aufschlußreicher, Artikel**
siehe:

<https://meinungsfreiheit.rtde.life/international/155707-wer-ist-aggressor-friedensbewegung-und/>

Vortrag mit Diskussion zum Thema

„Die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten eines immerwährend neutralen Österreichs in Zeiten eines Krieges des Westens gegen Russland.“

am **Dienstag, 28. März**, um 19.30 Uhr

in **4052 ANSFELDEN** bei **Linz**

im **Gasthof-Hotel „Stockinger“**, Ritzlhofstrasse 63

Es spricht:

Univ.Prof. i.R. Dr. Michael GEISTLINGER
aus Salzburg

Veranstalter: Initiative Heimat & Umwelt IHU
in Zusammenarbeit mit „Neutrales Freies Österreich“ NFÖ

Moderatoren: Inge Rauscher, Daniel Jenny

- **Eintritt** gegen freie Spende
- **Imbißmöglichkeit** („kleine Karte“) vor Veranstaltungsbeginn ab 18 Uhr
- **Übernachtungsmöglichkeit** für Auswärtige im Hotel „Stockinger“

Klartext vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Hrn. Wenbin: Die USA sind der Kriegstreiber Nr. 1 in der Welt!

Die USA befanden sich in ihrer über 240-jährigen Geschichte nur 16 Jahre lang nicht im Krieg. Auf die USA entfielen etwa 80 % aller bewaffneten Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die USA sind auch der Souveränitätsverletzer Nr. 1 und mischen sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Berichten zufolge haben die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs versucht, mehr als 50 ausländische Regierungen zu untergraben, sich grob in Wahlen in mindestens 30 Ländern eingemischt und versucht, über 50 ausländische Führer zu ermorden.

Die USA sind auch die Quelle Nr. 1 für Antagonismus und Blockkonfrontation. Die US-geführte NATO ist verantwortlich für Kriege gegen Afghanistan, den Irak und Syrien, die mehr als 900.000 Menschen das Leben kosteten und 37 Millionen Flüchtlinge schufen. Es hat auch den eurasischen Kontinent zu einem weniger stabilen Ort gemacht.

Solange der Hegemonismus und die Kriegslust der USA noch bestehen, wird der Rest der Welt kaum den Frieden bekommen, den er verdient.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/kanzler-scholz-putin-darf-nicht-davonkommen/>

In diesem regelmäßigen Blog von **Peter Haisenko** erfährt man immer wieder Wissenswertes, das von den „Lügen-“ bzw. „Lücken-Medien“ nie berichtet wird. Zum Beispiel, daß es nur 22 Länder auf Erden gibt, in Worten zweiundzwanzig, die noch nicht eine Invasion durch englische Truppen erleiden mußten.

Dort ist auch die Liste der 227 (!) Kriege der USA von 1775 bis heute (2022) angeführt und wird auf das Buch „Verschwörung und Krieg in der US-Außenpolitik“ hingewiesen, insbesondere auf die Seiten 495 bis 520. Dieses Buch von **Mansur Khan** ist 1998 im Grabert-Verlag erschienen unter der ISBN 3-87847-174-2.

Den derzeitigen Ukraine-Krieg hat auch die österreichische Juristin **Mag.a Monika Donner**, die bis vor kurzem als Ministerialrätin im Verteidigungsministerium tätig war, bereits 2015 vorausgesehen, und zwar in einem Interview bei **Prof. Dr. Michael Vogt**, siehe <https://youtu.be/PqUTVm6b-fw>. In diesem betont sie auch die Wichtigkeit der österreichischen Neutralität. Ihr neuestes Buch „**FREIHEUT - Tiger, zieh den Schafspelz aus!**“ kann bei uns zur Postzusendung angefordert oder online bestellt werden unter <https://www.monithor.at/buecher/freiheit/>